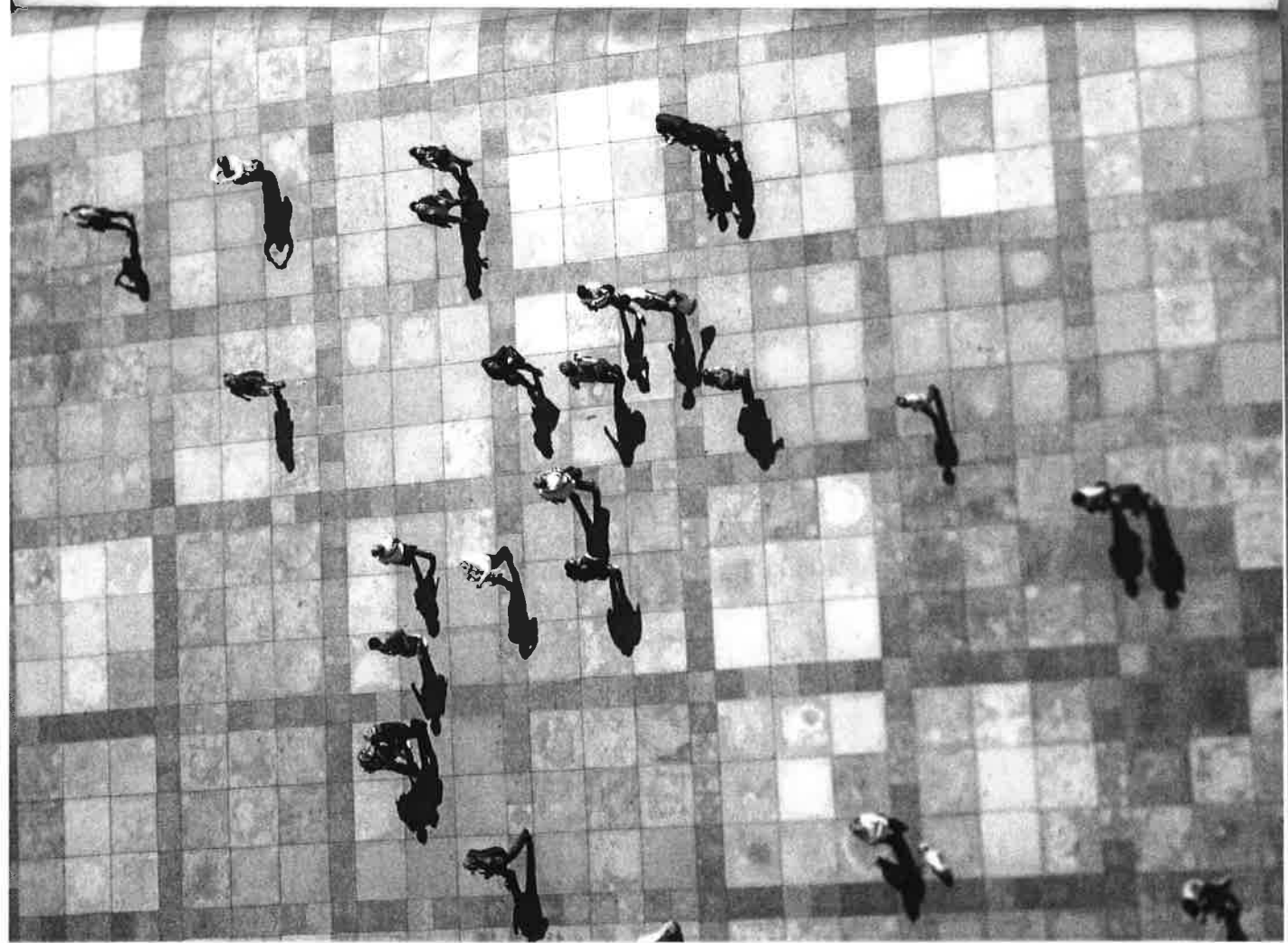


Dr. Karl Weber

Wie politisch ist das Religiöse?

Grundbedingungen für eine religionssensible politische Bildung in kirchlicher Trägerschaft

Wie politisch ist das Religiöse? Für einen konfessionell gebundenen Träger wie die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB) ist der Titel dieses Buches keine Gleichung. Vielmehr stellt eine politische Bildung in kirchlicher Trägerschaft selbst kritische Fragen an die Reichweite von Politik in Religion und umgekehrt. Kruzifixstreite, Kopftucherkasse, Aussagen wie »Der Islam gehört nicht zu Deutschland« oder »Kein heiliges Buch steht über dem Grundgesetz« markieren die Aufgeregtheiten unserer Zeit und zeigen, wie glatt derzeit das Parkett in Religions- und Weltanschauungsfragen ist. Konflikte vor Ort in Schulklassen oder in Stadtteilen um den Bau von religiösen Gebäuden sind Symptome dafür (vgl. dazu NAP 2017). Daran setzt die Mitwirkung der AKSB im Modellprojekt »Respekt Coaches/Antimobbing-Profis« (vgl. dazu den Beitrag von Andrea Keller in diesem Band) mit ihrem Projekt zur »Religionssensiblen politischen Bildung« an (zum Begriff vgl. Brumlik: 2017).



Weltanschauungsneutral heißt nicht wertneutral!

Einleitend gilt es, mit einem Blick auf die verfassungsrechtliche Entwicklung zu erinnern, dass die Trennung zwischen einer religiösen und einer politischen Sphäre den Rahmen für eine Diskussion um das Verhältnis des Religiösen zum Politischen bildet.

»Religionsfreiheit der Bürger und weltanschaulich-religiöse Neutralität des Staates sind die beiden Säulen, auf denen die Säkulari-
rität des freiheitlichen Verfassungsstaates ruht«, so hat Horst Dreier vor kurzem die beiden Brückenpfeiler für das Verhältnis des Staates zur Religion in der Moderne benannt. Auch wenn man ihm nicht in allen Punkten folgen will (was genau seine Absicht ist), wird man seiner Schlussfolgerung zustimmen müssen: »Die Verfassung ist weltanschaulich neutral, aber nicht wertneutral« (Dreier 2018: 117).
... Weltanschaulich-religiöse Neutralität bedeutet mithin Äquidistanz und Nichtidentifikation, aber nicht den Verzicht auf Wertentscheidungen, die sich auf verschiedene Milieus und Gesellschaftsgruppen unterschiedlich auswirken ... Neutralität meint nicht Wertungsaskese, Inhaltsleere oder Gleichgültigkeit. Weltanschauliche Neutralität verlangt keine Indifferenz gegenüber den sozialen und politischen Verhältnissen, denn der Staat ist kein Neutrum. Jede Rechtsordnung, auch und gerade eine demokratische, beruht auf bestimmten sozialen, kulturellen und ideellen Grundlagen« (ebd. 109).

Diese Veränderungen der kulturellen und auch ideellen Prägung wird die politische Bildung in der Zukunft offensiv aufgreifen müssen. Diskussionen um Feiertagsordnungen, Kirchentagsfinanzierungen oder Kulturpraktiken, um die Rolle von Religion allgemein, werden in den kommenden Jahren zunehmen und nicht abnehmen,

sie sind Ausdruck eines Kulturwandels, dem sich auch die politische Bildung in kirchlicher Trägerschaft stellen muss.

Religiosität ist nicht gleich Extremismus

Wie sehr dieses Feld gerade im Bereich von jungen Menschen im Fluss ist, zeigen ausgewählte Forschungsdaten aus dem Umfeld des 15. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung aus dem Jahr 2017. Darin wird ein sehr differenziertes Bild der weltanschaulichen Präferenzen von Jugendlichen in Deutschland gezeichnet. Zwischen Ost und West gibt es ein erhebliches regionales Gefälle. In den ost-deutschen Bundesländern sind 73,7 % der Jugendlichen (11–25) ohne Religion, im Westen 11,6 %. Bei der Einschätzung zur Intensität der Religionsausübung gibt es eine signifikante Abweichung zwischen gläubigen Christen und Muslimen: sich zum Christentum bekennende Jugendliche sehen ihre religiöse Aktivität in der großen Mehrheit als niedrig oder mittelmäßig ausgeprägt. Dagegen schätzen muslimische Jugendliche ihre religiöse Orientierung signifikant höher ein als nichtmuslimische Jugendliche: 53 % sagen von sich, sie seien hochreligiös, im Vergleich dazu christliche Jugendliche nur 15,1 % (zu den Zahlen vgl. Streib 2017: 9–14 sowie dort Abbildung 5, S. 14).

Allerdings warnt der Bericht davor, religiöse Aktivitäten mit religiösem Extremismus gleichzusetzen. »Eine pauschalisierende Zuschreibung fundamentalistischer und demokratiefeindlicher Einstellungen an »muslimische Jugendliche« ... ist äußerst problematisch und widerspricht den differenzierteren Ergebnissen einschlägiger Studien.« Eine Distanz zu Demokratie und Rechtsstaat-

lichkeit stehe »weniger mit religiösen Orientierungen als vielmehr mit dem Faktor Bildung im Zusammenhang« und »werde umso wahrscheinlicher ..., je geringer das Bildungsniveau der Jugendlichen ist« (KJB 2017, 215).

Warum diese Klarstellung? Die Verwechslung von Religiosität und Fundamentalismus greift ein weitverbreitetes Bild auf: Dass es religiösen Extremismus als jugendkulturelles Phänomen vor allem einer radikalisierten gewaltbereiten Gruppe z.B. im salafistischen Milieu gibt, soll dabei gar nicht in Abrede gestellt werden (vgl. mit fundierten Daten zum Salafismus Kiefer u.a. 2017). Eine wichtige Rolle spielt bei der Radikalisierung das Internet; Chats, Foren und soziale Netzwerke sind zentrale Kommunikationsplattformen der Akteure.

Allerdings handelt es sich mit Blick auf den religiösen Fundamentalismus islamischer Jugendlicher weitgehend um gefühlte Wahrheiten. Laut den Materialien zum 15. Kinder- und Jugendbericht wurden zum aktuellen Stand (2017) belastbare Daten zum »Fundamentalismus bislang noch in keiner großen Jugendstudie erhoben« (Streib 2017: 42).

Zum Zusammenhang zwischen religiösen Einstellungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hat allerdings die Vorturteilsforschung Daten erhoben. Ihr Ergebnis: Religiöse Bindung produziert im Durchschnitt stärkere Vorurteile gegenüber Anders- oder Ungläubigen als Einstellungen nichtreligiöser Vergleichsgruppen (Küpper/Zick 2017). Dagegen hat die religionssoziologisch orientierte Forschung mit folgender Beobachtung argumentiert: Religion ist nicht gleich Religion: unterschiedliche religiöse Gottesbilder bedingen unterschiedliche Verhaltensweisen. Wer sich in seinem religiösen Gottesbild an der unbedingten Treue zur

Schrift und Wahrheit orientiert und Gott als unbarmherzigen Vollstrecker internalisiert (»Gott ist der Rächer an den Ungerechten«), hat eine größere Bereitschaft zum Vorurteil im Vergleich zu jenen, die Gott als einen liebenden barmherzigen Gott verstehen (Streib 2017: 47 f.).

Deshalb muss auch in der politischen Bildung ein größeres Interesse daran entwickelt werden, wie sich religiöse Vorstellungen auf die konkrete politische Praxis auswirken. Eine besondere Chance der außerschulischen politischen Bildung liegt darin, dies im non-formalen Bereich zu besprechen, weil es hier um sehr private, der schulischen Bewertung entzogene Einstellungen geht. Als politische Bildung wird sie sich bei ihrem Einsatz für Demokratie (vgl. dazu den Beitrag von Siegfried Grillmeyer in diesem Band) für jene Werte starkmachen, die die Verfassung tragen.

Nützlichkeit ist keine Kategorie

Zugleich muss sie aber gerade im Sinne dieser Verfassungswerte darauf hinweisen, dass Nützlichkeitsabwägungen des Staates nicht die primäre Motivation für ein religiös motiviertes Engagement in der politischen Bildung sein können. Denn es zeichnet unsere Verfassung aus, dass sie von Religion keine Nützlichkeit für den Staat erwartet. Das wäre Staatsreligion. »Wirksamkeit einer Religion im politischen Gemeinwesen und für es lässt sich nicht auf Legitimation oder Integration festlegen, sie kann ebenso auch Legitimation entziehen oder desintegrierend wirken, indem etwa die Unvereinbarkeit eines bestimmten Handelns oder gar bestimmter Strukturen

in Staat oder Gesellschaft mit religiösen Grundforderungen aufge-
deckt wird« (Böckenförde, zitiert nach Dreier 2018: 125).

Für eine religionssensible politische Bildung in kirchlicher Trä-
gerschaft bedeutet dies: »Letzte Dinge« sind ihre Sache nicht, das
unterscheidet Bildung von Verkündigung. Sie plädiert für die Be-
nennung von Gründen für weltanschauliche Überzeugungen in
einer offenen Gesellschaft. Religiös begründete Anliegen bringt
sie aus einer Selbstverpflichtung heraus in der Öffentlichkeit einer
pluralen Gesellschaft zur Sprache. Diese Verpflichtung kann sich
durchaus aus der Glaubenseinsicht speisen, dass Solidarität weit
über die eigene Gruppe hinausgehen muss. »Christen verurteilten
jede Gewalt und jeden Hass, der religiös oder politisch begründet
werde und der sichtbar werde, wenn Menschen angegriffen, Kir-
chen, Synagogen oder Moscheen angezündet und geschändet wer-
den«, so der Tenor einer Karfreitagspredigt im Jahr 2018 (Marx 2018).
Selbstverständlich ist eine solche Haltung nicht, zumal in früheren
Zeiten in Kirchen für die »treulosen« und »verblendeten« Juden ge-
betet wurde. Innere Überzeugungen lassen sich nicht verordnen.
Aber vielleicht bilden.

Literatur

- Brumlik, Michael; Schulte, Axel; Lechner, Martin; Weiße, Wolfram; Freise, Josef; Bohmeyer, Axel u.a. (2017): Religionssensibilität in der Sozialen Arbeit. Positionen, Theorien, Praxisfelder. Hg. v. Matthias Nauwerth, Kathrin Hahn, Michael Tullmann und Sylke Kösterke. Stuttgart. Online verfügbar unter kohlhammer.de/wrms/instances/KOB/appDE/nav_product.php?product=978-3-17-032206-6.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): Bericht der Bundesregierung über Arbeit und Wirksamkeit der Bundesprogramme zur Extremismusprävention. Online verfügbar unter <https://www.bmfsfj.de/blob/117610/bericht-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-data.pdf>.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016): Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.bmfsfj.de/blob/109002/5278d578f8c59a9d-4bef9fe4c034d8/strategie-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-und-demokratieforderung-data.pdf>.
- Dreier, Horst: Staat ohne Gott. Religion in der säkularen Moderne, München 2018.
- Kiefer, Michael; Hürtermann, Jörg; Dziri, Bacem; Ceylan, Rauf; Roth, Viktoria; Stowig, Fabian; Zick, Andreas (Hg.) (2018): »Lasset uns in sha'a Allah ein Plan machen«. Fallgestützte Analyse der Radikalisierung einer WhatsApp-Gruppe. Wiesbaden: Springer VS (Islam in der Gesellschaft).
- [KfJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. 15. Kinder- und Jugendbericht und Stellungnahme der Bundesregierung. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Online verfügbar unter <https://www.bmfsfj.de/blob/113816/6209f8b8aa45e6b41d00282be565b-0c1/15-kinder-und-jugendberichtdata.pdf>.

Küpper, Beate; Zick Andreas (2017): Religion und Menschenfeindlichkeit, In: Religiosität: Die dunkle Seite. Beiträge zur empirischen Religionsforschung. Hg. v. Christian Zwingmann, Constantin Klein, Florian Jeserich, Münster, S. 117–137.

Marx, Reinhard: Karfreitagspredigt 2018. Online verfügbar unter: <https://www.erzbistum-muenchen.de/news/bistum/Karfreitagspredigt-von-Kardinal-Marx-Christen-sollen-auf-Muslime-in-Deutschland-zugehen-32434.news> (zuletzt abgerufen am 1.12.2018).

[NAP] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Bundesministerium des Inneren (Hg.) (2017): Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus, Positionen und Maßnahmen zum Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit und den darauf bezogenen Diskriminierungen. Stand: Juni 2017, Kabinettsfassung am 14. Juni 2017. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.bmfsfj.de/blob/jump/116798/nationaleraktionsplan-rassismus-data.pdf>.

Streib, Heinz (2017): Religiöse Orientierungen, spirituelle Konstruktionen und Formen religiöser Vergemeinschaftung bei Jugendlichen. In: Sachverständigenkommission 15. Kinder- und Jugendbericht (Hg.): Materialien zum 15. Kinder- und Jugendbericht. DJI München. Online verfügbar unter <https://www.dji.de/ueber-uns/projekte/projekte/15-kinder-und-jugendbericht/projekt-publikationen.html>.

Interdisziplinäre Perspektiven auf eine religionsensible politische Bildung

Siegfried Grillmeyer
Karl Weber (Hg.)

Das Religiöse ist politisch

Plädoyer für eine
religionssensible
politische Bildung



AKSB

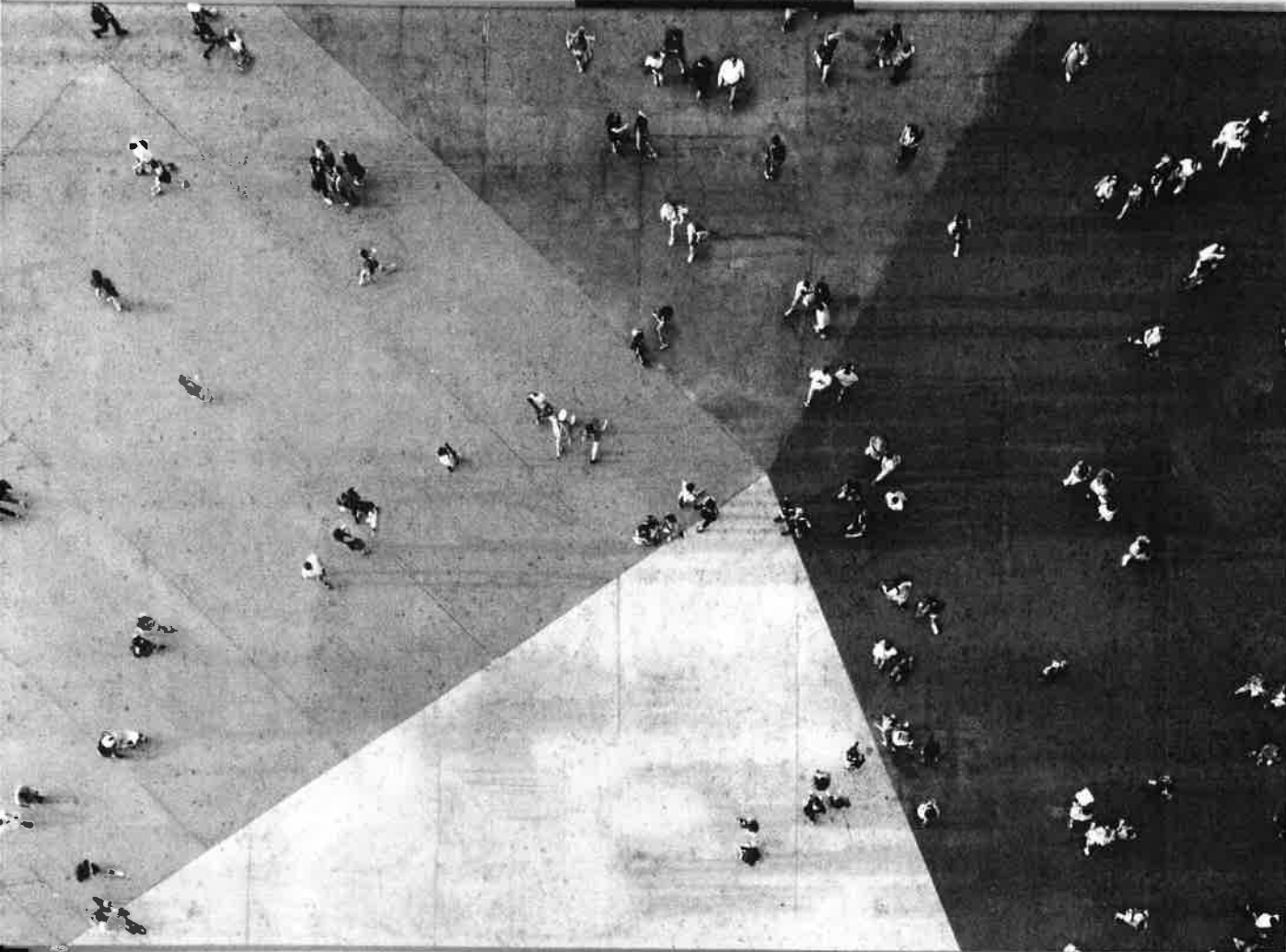
Arbeitsgemeinschaft
katholisch-sozialer Bildungswerte
in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

akademie



edition ^{cph}

echter



INHALT

Dr. Siegfried Grillmeyer

Vorwort und Dank 7

Gemeinsam religionssensible politische Bildung
in den Blick nehmen

Die Notwendigkeit einer religionssensiblen politischen Bildung

Dr. Siegfried Grillmeyer

Werkstatt für Demokratie 15

Politische Bildung an einer katholischen Akademie
für Jugend- und Erwachsenenbildung

Dr. Karl Weber

Wie politisch ist das Religiöse? 33

Grundbedingungen für eine religionssensible
politische Bildung in kirchlicher Trägerschaft

Interdisziplinäre Perspektiven auf eine religionssensible politische Bildung

Saba-Nur Cheema

(K)eine Glaubensfrage 43

Religiöse Vielfalt im pädagogischen Miteinander

Die Herausgebenden legen Wert darauf, dass alle Beiträge sprachlich
gegendert sind, haben es aber den Autorinnen und Autoren überlassen,
hier je individuelle Präferenzen über die Form des sprachlichen Genders
zu setzen.

Dr. Pradeep Chakkarath
**Religion und Religiosität in der Identitätsentwicklung
 Jugendlicher** 51

Dr. des. David Yuzva Clement / Malike Nadar
**Religionsensibilität in der politischen Bildung:
 Wissens-, Haltungs- und Handlungskompetenzen** 63

Religionsensible politische Bildung in der Praxis

Dr. Andrea Keller
**Religionsensibilität in der politischen Bildungsarbeit der
 Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke e.V.
 (AKSB)** 85

Julia Jenkner
**Umsetzung des Bundesprogramms »Respekt Coaches«
 im Jugendmigrationsdienst Nürnberg** 93

Nicola Bischof
Wir sind nicht neutral 101
 Ein Bericht aus der Praxis der
 religionssensiblen politischen Bildung

Autor_innenverzeichnis 109

Weiterführende Lese- bzw.

Rechercheempfehlungen 112

Die Edition CPH 116

Dr. Siegfried Grillmeyer

Gemeinsam religionsensible politische Bildung in den Blick nehmen

Vorwort und Dank

Religion, religiöse Themen und Einstellungen schaffen es fast täglich auf die Titelseiten der Tagespresse. »Islamisierung« lässt sich beispielsweise als Schlagwort und Schreckgespenst nicht mehr vertreiben und dagegen werden nicht selten »unsere christlichen Werte« in Stellung gebracht. Aber auch in ruhigeren Fahrwassern der Diskussion, in Feuilletons und Magazinen, reißen die Diskussionen über die Rolle von Religion, Religionsgemeinschaften und religiösen Werten und Einstellungen in politischen Zusammenhängen nicht ab. Wer noch gegen Ende des letzten Jahrhunderts die Säkularisierungsthese vertrat, die davon ausging, dass mit zunehmender Modernisierung und Rationalisierung Religion einfach zurückgedrängt und »irgendwie« ganz verschwinden wird, sieht sich nicht erst seit 9/11 angesichts von Pegida & Co eines anderen belehrt.

Zugleich herrscht – um eine biblische Metapher zu verwenden – eine babylonische Sprachverwirrung. Denn nicht nur die Verteiliger_innen des christlichen Abendlandes von rechts und die Verteiliger_innen einer offenen, pluralen Gesellschaft sprechen eine unterschiedliche Sprache. Vielmehr verwenden auch Religionswissenschaftler_innen und Erzieher_innen, Theolog_innen und Poli-